

AUNS+

November 2019 **199. Ausgabe**

BULLETIN

Für eine unabhängige und neutrale Schweiz

«DIE SCHWEIZ – UNSERE
LEIDENSCHAFT!»





IDENTITÄT
HALTUNG
INSPIRATION

**Bestellen Sie jetzt Ihr
persönliches «Gilet rouge»**

für nur CHF 19.80

Tel. 031 356 27 27
info@aus.ch
www.gilets-rouges.ch

«SEID EINIG!»

Über 100 AUNS-Mitglieder und begeisterte Gilets-rouges trafen sich am Samstag, 16. November 2019, zu einem historischen Lokaltermin in Bern und auf dem Grauholz. Historiker Dr. Jürg Stüssi-Lauterburg führte die Gruppe in die Ereignisse und Zusammenhänge der Franzosen-Invasion am Ende des 18. Jahrhunderts ein. Beim Grauholz-Schlachtdenkmal stärkten sich die Teilnehmer bei einer kräftigen «Freiheitssuppe».

Ein ausführlicher Bericht folgt im nächsten Bulletin.



ISSN 2234-9723

AUNS, Redaktion
Postfach
3000 Bern 31
Tel. 031 356 27 27
redaktion@aus.ch
Postkonto: 30-10011-5
IBAN:
CH91 0900 0000 3001 0011 5

Abdruck mit Quellenangabe
erwünscht.

Die Statuten der AUNS sind auf
www.auns.ch abrufbar.

LEGATE

In einem Testament bestimmen Sie über Ihren Tod hinaus, was mit Ihrem Sparguthaben, Ihren Wertpapieren und Liegenschaften geschehen soll. Wenn Sie die AUNS berücksichtigen, unterstützen Sie unsere Arbeit zum Erhalt der freien und neutralen Schweiz. Herzlichen Dank.

«KEIN DIPLOMAT!»

Am Vortag des diesjährigen 1. August überbrachte eine Gilets-rouges-Delegation zusammen mit AUNS-Präsident Lukas Reimann der EU-Botschaft in Bern ein eidgenössisches Züni: 1.-August-Weggen, Schweizer Fähnli, eine Bundesverfassung (Post-it's wiesen auf die Seiten mit unseren Volksrechten hin) und ein nettes Grusskärtchen. Der Botschafter war nicht anwesend ... Der Däne Michael Matthiessen hielt es bis heute nicht für notwendig, kurz Danke zu sagen. Schwach. Dafür ist er stark im Austeilen. Er warnte die Schweiz, beim Rahmenabkommen nicht zu zögern, sonst: «Wenn ihr nicht am Tisch sitzt, kommt ihr auf die Speisekarte!»





Junge AUNS «strong and free» im Gespräch mit Adrian Amstutz

DIREKTE DEMOKRATIE NICHT AUF DEM GELDGIER- ALTAR DER EU OPFERN!

Lieber Adrian, am 2. Dezember beginnt die Wintersession. Nach 16 Jahren im eidgenössischen Parlament wirst Du nicht mehr «offiziell» im Bundeshaus wirken. Was wirst Du vermissen, was nicht?

Vermissen werde ich natürlich Kollegen und Freunde. Nicht vermissen werde ich hinterhältige linke Journalisten sowie Politikerinnen und Politiker, die alles wissen und wenig können.

Was war Deine Motivation, so viel Zeit, Energie und Herzblut in die Politik zu investieren?

Die Liebe zur Heimat und meine Überzeugung, dass unsere direkte Demokratie nicht auf dem Geldgier-Altar der EU geopfert werden darf. So darf es aktuell nicht sein, dass unser Land über ein schöneredetes Rahmenabkommen der EU unterworfen wird, wo Brüssel diktiert, Bundesbern pariert und das Volk nichts mehr zu sagen hat.

Wenn Du an Dein erstes Jahr in Bundesbern denkst: Was hat sich seither geändert?

Die Bürokratie ist noch weiter gewachsen. Einfache Probleme werden noch komplizierter gelöst und die Bevölkerung ist um über eine Million angewachsen. Verlierer sind die Menschen in den Land- und Bergregionen, die zunehmend von den Städten überstimmt werden.

Welche drei Ratschläge gibst Du jungen Leuten, die in die Politik einsteigen möchten?

Wir brauchen auf allen Stufen (Gemeinde – Kanton – Bund) verlässliche Politikerinnen und Politiker, die aus Überzeugung, mit klaren Worten und mit Durchhaltewillen für ihre Werte eintreten.

Welches sind die grössten politischen Bedrohungen für unsere Schweiz?

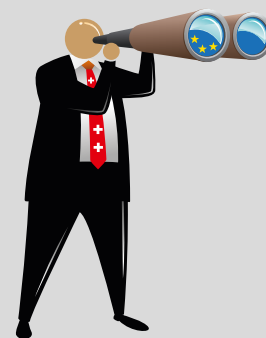
Dass die Schweiz via Zwischenschritt mit einem Rahmenabkommen in die EU einverleibt wird. Dass wir die Sicherheit der Menschen in der Schweiz durch eine weitere Schwächung der Armee gefährden und dass den Menschen über immer mehr staatliche Abzockerei das Geld zum Leben fehlt.

Was wünschst Du Dir als politisches Weihnachtsgeschenk?

Wenn Bundesrats- und Parlamentsmehrheit den EU-Unterwerfungsvertrag definitiv beerdigen würde.

Lieber Adrian, herzlichen Dank für das Gespräch. Wir wünschen Dir alles Gute und hoffen, bald wieder von Dir zu hören!

Die Fragen stellte
Stephanie
Gartenmann



EU- BEOBACHTER

Wie stark wird Deutschland nach dem Brexit zur EU-Kasse gebeten?

Berlin zahlte 2018 netto rund 14 Mrd. € in die EU-Kasse ein. 2021 sollen es bereits 18 Mrd. Euro sein und ab 2027 sage und schreibe 24 Mrd. Euro.

[NZZ, 31.10.2019]

Schuldenberg wächst

Die Entwicklung ist in der gesamten Euro-Zone weniger rosig, als es ein erster Blick auf die Schuldenquote suggeriert. Gemessen an der Wirtschaftsleistung mögen die Verbindlichkeiten der Staaten zwar sinken; absolut wachsen die Schulden allerdings. Allein 2018 haben die Euro-Staaten zusammen rund 100,5 Milliarden Euro an zusätzlichen Schulden gemacht. Insgesamt haben die 19 Mitglieder der Währungsunion Verbindlichkeiten von 9,930 Billionen Euro angehäuft. (Quelle: welt.de)



JETZT ALS KLEBER ERHÄLTlich:

Flagge zeigen! Jetzt bestellen:
Kleber Format 10 x 7 cm
info@aus.ch, 031 356 27 27
(übrigens kostenlos; Fake-Bestel-
lungen erkennen wir – grins)



BAUERN SA- GEN NEIN ZUM EU-RAHMENAB- KOMMEN

Das EU-Rahmenabkommen führe
gemäss Auffassung der Bauernfa-
milien zu einem erheblichen Sou-
veränitätsverlust der Schweiz und
stelle eine eigenständige Schwei-
zer Agrarpolitik in Frage. Der
Schweizer Bauernverband (SBV)
verlangt vom Bundesrat sicherzu-
stellen, dass auch in Zukunft eine
souveräne Schweizer Landwirt-
schaftspolitik und staatliche Bei-
hilfen wie Direktzahlungen mög-
lich bleiben. Ebenso sei es der
Schweizer Landwirtschaft wichtig,
dass eine gentechnikfreie Produktion
auch in Zukunft gewährleistet blei-
be. Der SBV stimme dem Rahmen-
abkommen in der aktuellen Form
nicht zu. [<https://www.sbv-usp.ch/de/eu-rahmenabkommen/>]

Vorstandsmitglied: Nicolas Szita, Prof. Dr. (University College London,
Technische Biochemie), Welwyn Garden City, Grossbritannien

LASSEN WIR UNS NICHT TÄUSCHEN!



Die Sprache der EU ist unaufrichtig und EU- Verträge sind Grossmachtpolitik und nicht Freihandel!

Es wird viel zu wenig zur Spra-
che gebracht, dass die EU mit einseitigen Ver-
trägen und Sprachvernebelung eine Gross-
machtpolitik betreibt: Doch mit der EU wird
bei internationalen Verträgen und Handels-
abkommen die Souveränität der Länder in
Frage gestellt. Nur, die EU sagt «Kooperati-
on» und meint damit «Einverleibung», sagt
«Zusammenarbeit» und meint damit «Unterwerfung», sagt «Wir sind uns
einig» und meint «Alle anderen sollen ohne echte Wahlfreiheit das tun,
was wir vorschreiben.» Oder die EU sagt «Das ist kategorisch ausge-
schlossen», meint jedoch in Wahrheit «Wir haben gerade keine Zeit und
Lust für deine Probleme, sorry» (die monatelange Behauptung der EU,
der Brexit-Vertrag könne nicht mehr verhandelt werden...). Nur, die EU
verhält sich als sogenannter «Vertragspartner» in dieser Art und Weise.

Krieg ist ein zu viel starkes Wort. Aber es herrschen wieder Zustände,
welche in sehr unangenehmer, aber realer Weise an feindliche Handlun-
gen erinnern: neue Grenzen werden gezogen (zwischen Nordirland und
Grossbritannien, also mitten durch das Vereinigten Königreich), Nachbar-
staaten bedroht und schikaniert (Börsenäquivalenz, Aussetzen von For-
schungsabkommen), Verträge benutzt, um extra-territoriale Einflussnahme
zu gewinnen (EuGH als letzte Instanz auch für Nicht-EU Staaten: Ukra-
ine, Brexitvertrag, Rahmenabkommen?). Der Handel, sowie das Wohl
der Arbeiter und des Gewerbes, sind, wenn überhaupt, zweitrangig. So
ist sie, die EU, unser ach so friedliebender Nachbar! Es ist neu-zeitliche
Grossmachtpolitik; subtil zwar, aber nicht minder perfid.

Und wenn Sie nicht glauben möchten, dass die EU Grossmachtambitio-
nen hat, dann hören Sie selbst, was Guy Verhofstadt (Brexit-Beauftrag-
ter des Europäischen Parlaments) am Kongress der Liberal-Demokrati-
schen Partei diesen September im Vereinigten Königreich zu sagen hatte
(<https://www.youtube.com/watch?v=xe0gt1QiAi0>):

«Die Welt von morgen werde eine Welt von Imperien sein. Und wir wer-
den unsere Interessen, unseren Lebensstil nur dann verteidigen können,
wenn wir es gemeinsam tun, in einem europäischen Rahmen, innerhalb
der EU.» Als ein weiteres Imperium, versteht sich. Schöne neue Welt!
In einem nächsten Artikel wollen wir ausführlicher auf diese Sprachverne-
belung und den Missbrauch von Verträgen zur Grossmachtpolitik einge-
hen. Wir beginnen mit einem Artikel darüber, wie die EU den Austritts-
artikel 50 des Lissaboner Vertrags missbraucht hat, um Grossbritannien
zu drangsalieren.

«Der Freundschaftsvertrag lockt.
Einmal im Käfig, bestimmt die
kaum demokratisch legitimierte
EU-Elite unser Leben».



Kurzinterview mit Roger Köppel

«SCHLECHTESTER VERTRAG SEIT 1291!»



Lieber Roger, am kommenden 2. Dezember beginnt die eidgenössische Wintersession. Mit den Wahlen vom 20. Oktober 2019 startet die neue Legis-

latur. Kurz: Ist «Hopfen und Malz verloren»? Macht es noch Sinn, für unsere Unabhängigkeit, Neutralität und direkte Demokratie zu kämpfen?

Hopfen und Malz ist nie verloren. Wir haben – auch wenn wir zahlenmässig etwas geschwächt sind – dennoch mit unserem vollen Einsatz und unseren besten und besseren Argumenten für die Unabhängigkeit, für die Neutralität und für die Rechte der Bürgerinnen und Bürger zu kämpfen. Das ist der Auftrag, den wir von unseren Wählern erhalten haben.

Was werden Deine Schwerpunkte sein?

Ich werde mich weiterhin mit voller Kraft einsetzen für eine freie, selbstbestimmte und weltoffene Schweiz. Die nächsten vier Jahre werden herausfordernd, denn es gilt, den

verheerenden EU-Anbindungsvertrag im Parlament und dann an der Volksabstimmung zu bekämpfen.

Warum sollen die AUNS-Mitglieder die «Weltwoche» abonnieren?

Die «Weltwoche» bietet Woche für Woche Informationen, Unterhaltung und Lesevergnügen auf höchstem Niveau. Sie präsentiert das politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Geschehen im In- und Ausland aus bürgerlich-liberaler Sicht. Und die «Weltwoche» ist erst noch tolerant genug, auch die «andere Sicht» zuzulassen.

Was wünschst Du Dir als politisches Weihnachtsgeschenk?

Ich wünsche mir die Einsicht unserer Bundesräte und unserer Parlamentarier, dass das fertig ausgehandelte institutionelle Abkommen mit der EU der schlechteste Vertrag ist, den die Schweiz seit 1291 ausgehandelt hat.

Lieber Roger, wir wünschen Dir alles Gute und viel Kraft, damit Bundesbern nicht zur Ruhe kommt!

Die AUNS-Redaktion.



Abonnieren Sie die «Weltwoche». Spezialangebot für AUNS-Mitglieder:
Bestellkarte beachten.



«Schweizer Monatsheft» mit Schwergewicht «EU-Rahmenabkommen» mit verschiedenen Beiträgen darüber, was das Abkommen zu bedeuten hat. Sehr informativ! Einzelbestellung oder Abo auf www.monatsheft.ch

Bundesverfassung

Art. 121b Zuwanderung ohne Personenfreizügigkeit

¹ Die Schweiz regelt die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern eigenständig.

² Es dürfen keine neuen völkerrechtlichen Verträge abgeschlossen und keine anderen neuen völkerrechtlichen Verpflichtungen eingegangen werden, welche ausländischen Staatsangehörigen eine Personenfreizügigkeit gewähren.



Volksinitiative

FÜR EINE MASSVOLLE ZUWANDERUNG

«(Begrenzungs-Initiative)» führt zur Normalität zurück:

1. Probleme der masslosen Zuwanderung endlich lösen

Seit der vollen Personenfreizügigkeit mit der EU im Jahr 2007 gibt es eine masslose Zuwanderung in die Schweiz. Pro Jahr wandern netto 60'000 bis 80'000 Personen in unser Land ein.

Die negativen Folgen sind schmerzhaft: Einheimische verlieren ihren Job, die Schweiz wird zubetoniert, die Sozialausgaben steigen.

2. Zuwanderung eigenständig regeln

Ein freies und selbstbestimmtes Land wie die Schweiz hat die Einwanderung selber zu steuern, wie dies die meisten erfolgreichen Länder der Welt tun. Es käme ihnen nie in den Sinn, über 500 Millionen Bürgern anderer Staaten einen rechtlichen Anspruch auf Einwanderung zu gewähren.

3. Schluss mit Rechtsanspruch auf Zuwanderung

Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU bestimmen wir nicht mehr selber, wer in die Schweiz kommen darf und wer nicht. Damit muss Schluss sein.

4. Personenfreizügigkeit ausser Kraft setzen, notfalls kündigen

Der Bundesrat wird beauftragt, auf dem Verhandlungsweg das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU spätestens zwölf Monate nach Annahme der Begrenzungs-Initiative ausser Kraft zu setzen.

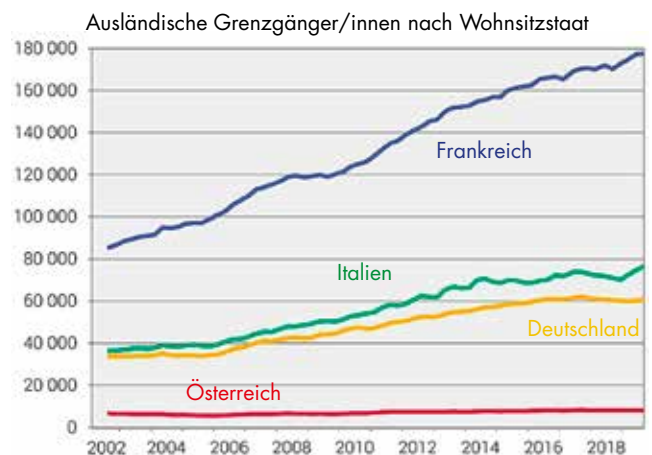
Ist eine Verständigung in dieser Zeit nicht möglich, ist das Personenfreizügigkeitsabkommen innert 30 Tagen zu kündigen.

Drohungen aus dem Horrorkabinett «economiesuisse»

«Mit der Begrenzungsinitiative riskiert die Schweiz ein aussenpolitisches Desaster. Sie droht sich nicht nur wirtschaftlich, sondern auch bezüglich der Bildungs- und Forschungszusammenarbeit zu isolieren.»

[www.economiesuisse.ch]

Zahl der Grenzgänger nimmt wieder zu



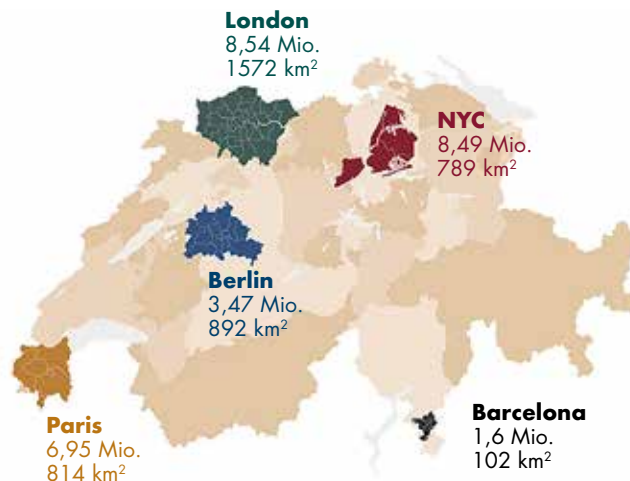
[Quelle: BFS – Grenzgängerstatistik (GGS)]

DIE 29-MILLIONEN-SCHWEIZ

Die Denkfabrik «Avenir Suisse» fordert eine «offene Schweiz». Ihre Positionen sind praktisch identisch mit den Forderungen des Wirtschaftsverbandes economiesuisse. Die Vordenker verstehen unter «Offenheit» eine EU-integrierte Schweiz – sprich den EU-Beitritt, auch wenn sie es nicht offen aussprechen – und eine unbeschränkte Zuwanderung. Zum Thema Zuwanderung präsentiert «Avenir Suisse» folgendes Szenario:

«Setzt man New York an die Stelle von Zürich, London an die Stelle von Basel, Berlin an die Stelle von Bern, Paris an die Stelle von Genf und Barcelona an die Stelle von Lugano, würde die Schweiz alleine mit diesen attraktiven Metropolen der westlichen Welt auf 29 Mio. Einwohner kommen. In den restlichen Gebieten hätte es damit enorm viel Platz für die Pflege traditioneller, von Dichtestress verschonter Lebensstile, für reichlich Agrarland, für Naherholungsgebiete und für dünn besiedelte

Berglandschaften.» **Fazit: «Träume oder gelebte Naivität einer Denkfabrik?»**



[Quelle: https://www.avenir-suisse.ch/bevoelkerungswachstum_die_10_millionen-schweiz/]



Prof. Dr. Hans Geiger, emeritierter Professor am Institut für Banking und Finance an der Universität Zürich

NEUE EZB-CHEFIN KANN DIE PROBLEME DER EUROPÄISCHEN WÄHRUNGSUNION NICHT LÖSEN

Am 1. November 2019 hat die Französin Christine Lagarde vom Italiener Mario Draghi die Leitung der Europäischen Zentralbank (EZB) und damit die Verantwortung für den Euro übernommen. Hat Draghi seine Sache gut gemacht? Wird Lagarde als erfolgreiche Zentralbankchefin und Hüterin des Euro in die Geschichte eingehen?

Vor kurzem haben ehemalige Notenbanker der EZB ihrem Chef Mario Draghi schwere Vorwürfe gemacht. Ihr Memorandum ist eine Breitseite gegen die Politik der

EZB in den vergangenen fünf Jahren. Erstaunlich ist, dass die Kritik nicht viel früher angebracht wurde. Denn seit Anbeginn vor mehr als zwanzig Jahren sagten die Ökonomen, dass die europäische Währungsunion nicht funktionieren könne. In der heutigen Form ist der Euro eine wirtschaftliche Fehlkonstruktion.

Anders tönt es von den Politikern: Bundeskanzlerin Angela Merkel würdigte den scheidenden EZB-Präsidenten: «Du hast den Euro durch unruhige See navigiert.» Draghi habe den Euro erfolgreich durch

die Euro-Schuldenkrise geführt, die Unabhängigkeit der EZB bewahrt und die Währungsunion gestärkt. Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron betonte, Draghi habe für die Menschen in Europa gehandelt.

Um fair zu sein: Die Schaffung des Euros war immer ein politisches Projekt. Die Einheitswährung wurde nicht wegen, sondern trotz ökonomischer Überlegungen eingeführt. Helmut Kohl nannte sie in einer flammenden Bundestagsrede 1998 ein säkulares Ereignis, einen der wichtigsten Entscheidungen

Die neue EZB-Chefin kann die Probleme der europäischen Währungsunion nicht lösen.



gen des Jahrhunderts. 2010 sagte Angela Merkel im Bundestag: «Scheitert der Euro, dann scheitert Europa.» Die geplanten Massnahmen bezeichnete sie mit ihrem Lieblingsausdruck als «alternativlos».

Ökonomen werfen Draghi zu Recht vor, dass er mit seiner Politik gegen alle Regeln der EU-Verträge von Lissabon verstossen habe, insbesondere gegen das Verbot der Finanzierung der Mitgliedstaaten. Das weiss Draghi auch und er hat das auch schon im Jahr 2012 indirekt ausgedrückt. In seiner berühmten «Whatever it takes»-Rede in London sagte er, dass die EZB alles tun werde, um den Euro zu erhalten. Und er meinte damit explizit auch «unabhängig von Gesetzen und Regeln». Niemand wollte ihn dafür zur Rechenschaft ziehen, weder der Europäische Gerichtshof (EuGH) noch das Deutsche Bundesverfassungsgericht. Der Euro ist auch für die höchsten europäischen Gerichte alternativlos.

Die NZZ stellte kürzlich die Frage, ob Draghi Held oder Hasardeur sei. Er ist beides. Für die Politiker ein Held, für die Ökonomen ein Hasardeur.

Und wie wird sich Christine Lagarde verhalten? Sie hat es schwerer, denn die Drogen «Geldflutung» und «Negativzinsen» verlie-

ren allmählich ihre anreizende Wirkung. Dagegen verstärken sich die üblen Nebenwirkungen, die weit über den Finanzsektor hinausgehen. Sie werden zu einer Zombifizierung der Realwirtschaft und zu Staatsschuldenkrisen in der EU führen. Draghi war als Ökonom von der Ausbildung und Berufserfahrung her fachlich für das Amt hervorragend geeignet und als Italiener politisch so geschmeidig, dass er das Präsidium in Würde übergeben konnte. Christine Lagarde, die vom Forbes Magazin im Jahr 2015 als eine der mächtigsten Frauen der Welt bezeichnet wurde, war von 2007 bis 2011 französische Wirtschafts- und Finanzministerin, anschliessend bis vor kurzem Direktorin des Internationalen Währungsfonds.

Die neue EZB-Chefin kann die Probleme der europäischen Währungsunion nicht lösen. Aber als gewiegte Politikerin hat sie die Chance, die Politiker dazu zu bringen, die Probleme des «politischen Projektes» politisch zu lösen. Deutschland muss dazu einfach für die südlichen EU-Länder, und dazu gehört auch Frankreich, die Schulden übernehmen. Man nennt das nicht Währungsunion, sondern Fiskalunion. Das wäre dann ganz im Sinne von Präsident Macron, der Lagarde für die EZB-Position vorgeschlagen hat.

Und die Schweiz: Sie hat keinen Einfluss auf die Zukunft des Euro. Aber sie muss sich politisch und wirtschaftlich warm anziehen, sodass sie die kommende Krise im Anstand und mit dem nötigen Abstand meistern kann.



AUNS-VIZEPRÄSIDENT IST STÄNDERAT!

Am 17. November 2019 haben die Tessiner Wählerinnen und Wähler im zweiten Wahlgang AUNS-Vizepräsident **Marco Chiesa** neu in den Ständerat gewählt, und zwar mit dem besten Resultat aller Kandidierenden.

Wir gratulieren herzlich und wünschen **Marco Chiesa** viel Kraft und Erfolg. Diese Wahl stärkt die AUNS! Grazie, Marco!